

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 14. November 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/nqo>

Lampedusa mahnt an eine andere EU-Flüchtlingspolitik

Die Angaben über die Zahl der ertrunkenen Flüchtlinge, die auf maroden und überfüllten Booten und Schiffen Europa erreichen wollten, variieren; fest steht jedoch, dass in den vergangenen zwanzig Jahren Zehntausende auf der Suche nach Schutz für Leib und Leben oder nach einem besseren Leben auf dem Weg von Afrika in die EU ihr Leben verloren haben. Die jüngsten Bootsunglücke vor der italienischen Insel Lampedusa im Oktober 2013 mit Hunderten Toten haben die Kritik an der Abschottungspolitik Europas endlich auch ins Europäische Parlament getragen, das in einer Entschließung zu grundsätzlichen Korrekturen in der Flüchtlingspolitik aufruft. Aber: Die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat vertagten Ende Oktober die Diskussion auf die Zeit nach der EU-Wahl im Jahr 2014. Deshalb soll sich der Senat auf Bundes- und EU-Ebene für eine humane europäische Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik einsetzen, wie es ein heute beschlossener Antrag fordert.



Zahra Mohammadzadeh, als migrations- und integrationspolitische Sprecherin für die Flüchtlingspolitik zuständig, hält es für absurd, dass Europa um einige Hundert Flüchtlinge in diesem oder jenem Aufnahmeland streitet, während ein kleines Aufnahmeland wie Jordanien Millionen aufnimmt. Stattdessen müssen Wege gefunden werden, wie Menschen in Not nach Europa kommen können, ohne ihr Leben zu riskieren.

Ein sinnvoller Vorschlag, der auch von Flüchtlingsorganisationen favorisiert wird, ist der stärkere Gebrauch des „humanitären Visums“. Dadurch ließe sich verhindern, dass die Flüchtlinge einseitig von den Ländern versorgt werden müssen, die Mittelmeeranrainer sind. Darüber hinaus ist die Entwicklung von Ausgleichssystemen zwischen den Ländern nötig. Auch das ist ein Gebot der Fairness, der europäischen Solidarität und des Zusammenhalts.



Der Europapolitiker Hermann Kuhn ging auf die unrühmliche Rolle von „Frontex“ ein, der „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“. Frontex wurden immer wieder zu Recht Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, weil sie Flüchtlingsboote im Mittelmeer

abgedrängt und Flüchtlinge unter Androhung von Gewalt ohne Asylverfahren abgeschoben hat. Der Menschenrechtsgerichtshof der EU hat im vergangenen Jahr die zugrundeliegende EU-Verordnung als Menschen-



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

rechtsverletzung und für nichtig erklärt. Kuhn forderte eine grundsätzliche Umstrukturierung dieser Agentur, die sich auch im Namen bemerkbar machen müsse.

Erneuerbare-Energien-Branche bei Kurzarbeit unterstützen

Die ins Stocken geratene Energiewende trifft besonders mittelständische Unternehmen der Erneuerbare-Energien-Branche, die nicht über eine hohe Kapitaldecke verfügen, bei schwächelnder Auftragslage. Das Mittel der Kurzarbeit ist aufgrund der weiter bestehenden tariflichen Bindungen im Lohnnebenkostenbereich für sie zu teuer, weshalb im schlimmsten Fall Personalentlassungen drohen. Die Bundesregierung hatte 2008/2009 als eine Reaktion auf die Wirtschaftskrise die teilweise Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge beschlossen.



Dieses Instrument soll für in Not geratene Betriebe der Erneuerbare-Energien-Branche wieder eingeführt werden, fordert ein heute beschlossener Koalitionsantrag, den der arbeitsmarktpolitische Sprecher Frank Willmann vertrat. Willmann machte deutlich, dass es hierbei nicht um Kirchturmpolitik geht,

weil Bremerhaven als Standort der Offshore-Windenergie besonders betroffen wäre. Es betrifft genauso Unternehmen der Windenergienutzung an Land wie auch etwa Firmen im Bereich der Biomasse.

Länder bei der Hochschulfinanzierung entlasten

Als Konsequenz aus den Antworten des Senats auf die Große Anfrage "Wissenschaftsfinanzierung zwischen Bund und Ländern neu ordnen" (vgl. Bericht von der Landtagssitzung vom 15. Mai 2013) hat die wissenschaftspolitische Sprecherin Silvia Schön Forderungen an den Senat in einem Antrag formuliert. Er soll auf Bundesebene zum einen dahingehend aktiv werden, dass die Verteilung der Mittel in der außeruniversitären Forschung (etwa der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft) zugunsten der Bundesländer verändert und, zum anderen, generell die Länder bei der Grundfinanzierung der Hochschulen und beim Hochschulbau entlastet werden.



Die Hochschulen sind nicht nur in Bremen, sondern bundesweit unterfinanziert, so Silvia Schön. Dafür verantwortlich ist auch die stark steigende Zahl der Studierenden. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, doch muss es eine gesamtstaatliche Aufgabe sein, für eine gute Ausbildung unserer Jugend zu sorgen. Dafür

muss es einen fairen Lastenausgleich zwischen Bund und Ländern geben, dafür muss auch das sogenannte Kooperationsverbot im Wissenschaftsbereich fallen. Aber schon heute könnte der Bund mehr Verantwortung in der überregionalen Forschung übernehmen, die Länder könnten das gesparte Geld in die Grundfinanzierung der Hochschulen stecken.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de